

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Landesrätin

Michaela Langer-Weninger, PMM

und

Landesrätin

Birgit Gerstorfer, MBA

am

Dienstag, 19. Juli 2022

zum Thema

**Verstärkungsmittel für die oberösterreichischen
Gemeinden und Städte**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

„Starke Gemeinden, lebenswertes Oberösterreich – Mit 31 Millionen Euro an Verstärkungsmitteln für die Oö. Gemeinden und Städte investiert das Land Oberösterreich, dort wo es den Menschen spürbar zu Gute kommt. Denn solide Gemeinden und ausreichend Finanzmittel sind die Grundlage für die Umsetzung wichtiger Bauvorhaben, die Schaffung von leistbarem Wohnraum und die Zurverfügungstellung attraktiver Freizeitangebote“, sind die Gemeinde-Landesrätinnen Michaela Langer-Weninger und Birgit Gerstorfer überzeugt.

Gute Lösungen für herausfordernde Zeiten

Bald zweieinhalb Jahre ist es her, dass die ersten Covid-19-Fälle in Österreich offiziell registriert wurden. Für die Gemeinden waren es seither herausfordernde Zeiten. *„Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes war für viele Gemeinden schwer zu erreichen. Ursächlich dafür waren teils dramatische Einbrüche bei den Ertragsanteilen sowie der Rückgang der Kommunalsteuer“,* schildert Landesrätin Birgit Gerstorfer. *„Zudem machte den Bürgermeister/innen die fehlende finanzielle Planbarkeit zu schaffen. Kurzfristige Entwicklungen, wie z. B. stark gestiegene Roh- und Baustoffpreise, schlugen sich immer wieder negativ auf die kommunalen Haushalte nieder oder verzögerten die Umsetzung von Projekten“,* ergänzt Gemeinde-Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Zur Entlastung wurden vom Bund zwei wichtige Gemeindepakete geschnürt. Diese Finanzmittel waren vor allem für kommunale Investitionen zweckgewidmet. Es galt die Prämisse: Die Gemeinden investierten aus der Krise heraus und kurbeln so den Konjunkturmotor an. Das ist geglückt. Kommunale Aufträge füllten in der Krise die Auftragsbücher von privaten Unternehmen und ermöglichten es der Wirtschaft gut über die Krise zu kommen.

Nun geht es aber wieder darum, die kommunalen Finanzen und damit die Gemeinden insgesamt zu stabilisieren. *„Hierfür sind die Verstärkungsmittel des Landes Oberösterreich gedacht“*, erklären die Gemeinde-Referentinnen des Landes Oberösterreich Michaela Langer-Weninger und Birgit Gerstorfer unisono. Sie ergänzen: *„Zudem sollen mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln dringend notwendige oder aufgeschobene Vorhaben der oberösterreichischen Gemeinden rasch in Umsetzung gebracht werden.“*

„Die Verstärkungsmittel unterstützen das Herz und das Rückgrat Oberösterreichs – unsere Gemeinden!“

LR^{IN} MICHAELA LANGER-WENINGER

In der gestrigen Regierungssitzung wurde auf Initiative der Gemeinde-Landesrätinnen Langer-Weninger und Gerstorfer die Ausschüttung der Verstärkungsmittel für die Oö. Gemeinden und Städte beschlossen. *„Ich freue mich, dass die Landesregierung unserem Vorschlag gefolgt ist. Noch im Sommer werden insgesamt 31 Millionen Euro an Sonder-Bedarfszuweisungsmittel an die 438 oberösterreichischen Gemeinden und Städte ausbezahlt. Diese Verstärkungsmittel unterstützen das Herz und das Rückgrat Oberösterreichs – unsere Gemeinden“*, so Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

„Unsere Gemeinden sind die Nahversorger des Gemeinwohls. Mit den Verstärkungsmittel unterstützen wir sie bei dieser Aufgabe!“

LR^{IN} BIRGIT GERSTORFER

Landesrätin Birgit Gerstorfer zeigt sich ebenfalls sehr erfreut: *„Unsere Gemeinden und ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind die*

Nahversorgerinnen und Nahversorger des Gemeinwohls. Mit den Verstärkungsmittel unterstützen wir sie bei dieser wichtigen Aufgabe!

Verteilung und Verwendung der Verstärkungsmittel

Insgesamt 31 Millionen Euro an Sonder-Bedarfszuweisungsmittel werden als „Verstärkungsmittel“ vom Land Oberösterreich ausbezahlt. Ein Großteil der Mittel geht an die 435 Gemeinden im Land ob der Enns. Sie erhalten 27 Millionen Euro. Die übrigen vier Millionen Euro fließen an die drei Statutarstädte Linz, Steyr und Wels.

„Welche Vorhaben und Projekte rasch umgesetzt werden müssen, das können am besten die Menschen vor Ort entscheiden!“

LR^{IN} MICHAELA LANGER-WENINGER UND LR^{IN} BIRGIT GERSTORFER

Verteilung begünstigt finanzschwächere Gemeinden

Die Verteilung der Verstärkungsmittel an die Gemeinden erfolgt zum einen nach der Einwohnerzahl und zum anderen nach der konkreten Finanzkraft der einzelnen Gemeinde im Sinne des Oö. Bezirksumlagegesetzes. Das heißt, entsprechend dem Verhältnis der Finanzkraft einer Gemeinde im Verhältnis zur durchschnittlichen Finanzkraft der Oö Gemeinden, gibt es Zu- oder Abschläge. *„Dies hat zur Folge, dass die finanzschwächeren Gemeinden überproportional von den zusätzlichen 27 Millionen Euro profitieren. Zu diesem Zweck wurde auch ein Mindestbetrag von 35.000 € festgelegt, den jede Gemeinde fix erhält“*, erklärt Gemeinde-Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Die tatsächlichen Auszahlungen bewegen sich zwischen 35.000 Euro (Mindestbetrag) bis 297.000 Euro pro Gemeinde.

„Die zusätzlichen Mittel an die Statutarstädte werden demgegenüber nach dem Einwohnerschlüssel verteilt“, führt Gemeinde-Landesrätin Birgit Gerstorfer aus.

Verwendung = Autonome Gemeindeentscheidung

Die Verstärkungsmittel in Höhe von 31 Millionen Euro sind als Sonder-Bedarfszuweisungsmittel nicht rückzahlbar und auch an keinerlei obligatorische Verwendungszwecke geknüpft. Die Mittel können also für die Realisierung von dringend benötigten Projekten verwendet werden. Seitens des Landes ergeht aber auch die Empfehlung eine Verwendung im Sinne der Haushaltskonsolidierung zu prüfen. *„Unsere Gemeinden sind der Platz, wo die Menschen wohnen, arbeiten, ihre Freizeit verbringen und ihre Kinder großziehen. Vielfältige Aufgaben von A wie Ausbildung, über I wie Infrastruktur bis Z wie Zentralverwaltung sind von den Gemeinden und der Kommunalpolitik zu erfüllen. Welche dringenden Vorhaben und Herzensprojekte rasch umgesetzt werden müssen, das können am besten die Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vor Ort entscheiden“,* sind sich Landesrätin Michaela Langer-Weninger und Landesrätin Birgit Gerstorfer einig.